Das Magazin für den öffentlichen Dienst

April 2019

hauptstadt magazin

Berliner Feuerwehr:

Hilfe nicht nur wenn es brennt

dbb beamtenbund und tarifunion berlin

© Michael Wittig

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

mit dem Tarifergebnis für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes ist es gelungen, Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung zu halten. Mein Dank gilt an dieser Stelle der Verhandlungsführung des dbb mit Ulrich Silberbach, allen Kolleginnen und Kollegen, die uns während der Aktionen auf der Straße unterstützt haben, und ausdrücklich auch dem Verhandlungsführer der TdL, Finanzsenator Kollatz.

Umso unverständlicher ist es jetzt, dass nach dem vernünftigen Tarifabschluss wieder bei der Beamtenbesoldung rumgetrickst werden soll. Denn wieder will Berlin zum Rotstift greifen, wenn es um die wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten geht. Beabsichtigt ist eine zeitliche Verschiebung auf den 1. April – offenbar auch in dem Bestreben, den neuerlichen Besoldungsverzicht nicht prozentual sichtbar zu machen.

Ersichtlich ist auch nicht mehr, wie der Finanzsenator den Berliner Besoldungsrückstand überhaupt konkret berechnet. Sicher ist nur: Zugunsten der Betroffenen findet die Vernebelungstaktik bestimmt nicht statt.

Kein Wunder, dass das Thema Besoldung denn auch den Parlamentarischen Frühschoppen des dbb berlin und „dbb im Dialog“ mit dem Fraktionsvorsitzenden der Berliner SPD, Raed Saleh, im März dominiert hat.

Interessantes Titelthema dieser Ausgabe ist die Berliner Feuerwehr, über deren Situation sich das hauptstadt magazin bei dem neuen Landesbranddirektor Karsten Homrighausen informieren konnte.

Besonders lesenswert ist auch ein Namensartikel der Landesvorsitzenden der CDU Berlin, Monika Grütters, in dieser Ausgabe sowie die Initiative gegen Gewalt des Intendanten des Friedrichstadt-Palastes.

Viel Vergnügen bei der Lektüre, einen schönen Frühlingsanfang und ein frohes Osterfest wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

© MEV

April 2019

Inhalt

Bezahlung
Tarifergebnis zeitgleich übertragen 4
Schluss mit den Rechentricks! 5
Besoldungspolitik beim Frühschoppen 6
Zulagen: Appell an Hauptausschuss 8
Tarif-Talk III 8

Rückblick
Viel erreicht und noch viel zu tun 9

#KartenGegenTaten
Initiative gewürdigt 10

Titelthema
Berliner Feuerwehr 11

Unterhaltung
Preisausschreiben 14

Aus den Mitgliedsgewerkschaften
VBE Berlin: Maßnahmen der Bildungsverwaltung nicht erfolgversprechend 15

Kurz notiert
Drohender Urlaubsverfall muss angezeigt werden 16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.
Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin. **E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 16, gültig ab 1.10.2018. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben. **Titelbild:** © Berliner Feuerwehr.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

© Friedhelm Windmüller (2)

Besoldung

Becker: Tarifergebnis zeitgleich auf Beamte übertragen!

„Das Volumen des Tarifabschlusses muss zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten in Berlin übertragen werden – also zum 1. Januar 2019“, hat dbb Landeschef Frank Becker unmittelbar nach Abschluss der Potsdamer Verhandlungen gefordert.

Wenn das Abgeordnetenhaus ernsthaft eine Angleichung an die Besoldung der anderen Bundesländer im Sinn habe, sei es unerlässlich, das Tarifergebnis bereits zum 1. Januar 2019 auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Denn inzwischen wollen schon 12 von 15 Bundesländern (Hessen führt eigene Tarifverhandlungen) so verfahren. Brandenburg will zusätzlich 0,5 Prozent und Rheinland-Pfalz 2 Prozent auf das Tarifergebnis aufschlagen.

Planungen, die Besoldungsanpassung mit einer zeitlichen Verzögerung von drei Monaten erst zum 1. April vorzunehmen, rückten das Senatsziel (Angleichung an die Bundesbesoldung im Jahre 2021) in weite Ferne. „Es sei denn, im Wahljahr wird noch einmal kräftig draufgelegt“, so Becker mit einem Seitenhieb auf mögliche sachfremde politische Prioritäten.

Auch gegenüber dem rbb inforadio berlin hatte Becker nochmals die Dringlichkeit einer schnellstmöglichen Angleichung unterstrichen. Nach Auffassung des dbb berlin muss sich diese außerdem an der Bundesbesoldung orientieren, weil immer mehr Kolleginnen und Kollegen vom Land Berlin in die Berliner Bundesbehörden wechseln.

Angleichung nicht gefährden

„Wir befürchten, dass es bis 2021 nicht erreichbar sein wird, die Angleichung hinzubekommen“, sagte Becker dem inforadio und verwies in diesem Zusammenhang auf die schon jetzt verfassungsrechtlich höchst bedenkliche Besoldungssituation in Berlin.

Dem Bundesverfassungsgericht lägen die Besoldungsregeln aus Berlin und Brandenburg derzeit zur Prüfung vor. Der dbb wolle damit Klarheit schaffen, dass die Besoldung zu gering sei, so Becker. Wann die Entscheidung falle, sei momentan noch unklar.

Keine weiteren Tricksereien!

„Der dbb berlin erwartet vom Senat und vom Abgeordnetenhaus, dass sie nicht weiter rumtricksen und die Beamtinnen und Beamten nicht auch noch von der Einkommensentwicklung der Tarifbeschäftigen im Land Berlin abkoppeln, Besoldung und Versorgung müssen ebenfalls rückwirkend zum 1. Januar 2019 wirkungsgleich erhöht werden,“ bekräftigte Becker.

dbb Landeschef Frank Becker mit einer Streikgruppe der gkl berlin.

dbb im Dialog

Schluss mit den Rechentricks!

Von durchsichtigen Rechenmanövern in Sachen Besoldungsanpassung hat man beim dbb berlin die Nase gestrichen voll. Daran blieb bei einer Diskussion mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, am 20. März 2019 kein Zweifel.

Zwar hatte Saleh noch in seinem Eingangsstatement seinen Parteigenossen, Finanzsenator Matthias Kollatz, als personalpolitisch umsichtigen und sachlichen Ressortchef und Dienstherrn der Beamten darzustellen versucht, doch bei dem von endlosen Tricksereien mit Besoldungsanpassungen und -angleichungen gebeutelten sachkundigen Auditorium war damit kein Blumentopf zu gewinnen.

© Thomas Goiny

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh hörte nicht nur von dbb Landeschef Frank Becker harsche Kritik an der Besoldungspolitik des Senats (von links).

„Man muss kein Rechenkünstler sein, um festzustellen, dass das Land Berlin mit einem 1,1-prozentigen Zuschlag auf das Tarifergebnis für die Beamtinnen und Beamten deren Besoldungsrückstand von 4,3 Prozent bis 2021 nicht aufholen kann. Schon gar nicht, wenn die Mehrheit der anderen Bundesländer jetzt zum 1. Januar erhöht, Berlins Beamtinnen und Beamte dagegen auf den 1. April vertröstet werden," rechnete dbb Landeschef Frank Becker vor.

Keine nachvollziehbaren Zahlen

Und der DSTG-Landesvorsitzende Detlef Dames ergänzte, dass schon die Berechnung des Berliner Besoldungsrückstands auf tönernen Füßen steht. Denn der Bund – obwohl Hauptkonkurrent beim Nachwuchswettbewerb in Berlin – sei nicht in die Durchschnittsberechnung einbezogen worden, dafür aber unsinnigerweise Berlin selbst, das damit nicht einmal den Durchschnitt der anderen Länder erreichen kann. Tatsächlich lägen keinerlei nachvollziehbare Zahlen auf dem Tisch, wie der Finanzsenator den Besoldungsrückstand konkret berechnet hat. Unmut herrschte in der Diskussionsrunde aber nicht nur über die Zahlenspiele des Finanzsenators bei der Besoldung, sondern auch über das Gebaren einiger Dienststellenleiter im Justizbereich, die das jahrelange Sparen auf dem Rücken der Beamten offenbar inzwischen so verinnerlicht haben, dass sie bereitgestellte Mittel für Stellenanhebungen nicht ausschöpfen. „Als ob sie die Gelder aus der eigenen Tasche locker machen müssten," beschrieb BSBD-Landeschef Thomas Goiny die unverständliche Zurückhaltung und DJG-Landesvize Ulf Melchers gab dem SPD-Fraktionschef den guten Rat mit auf den Weg, mehr Augenmerk auf die Umsetzung von Senatsbeschlüssen zu richten.

Das gelte auch für den Wegfall der sachgrundlosen Befristung, ergänzte die stellvertretende dbb Landesvorsitzende Sandra Kothe. Im Steuerbereich wird diese nämlich immer noch widerrechtlich praktiziert, wenn Anwärter mit der Prüfungsnote „ausreichend" abschneiden.

Lehrer verbeamten!

Saleh nahm die Anregungen interessiert auf und bezog selbst noch zu zwei Problemfeldern Stellung. Zum einen kann die problematische Situation an den Berliner Schulen auch seiner Ansicht nach nicht ohne Verbeamtung der Lehrer gelöst werden. Pro Jahr verliert die Hauptstadt 600 Lehrerinnen und Lehrer an Brandenburg. Zum anderen gelte es, in einem breiten gesellschaftlichen Konsens die ausufernde Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu ächten beziehungsweise sichere Arbeitsplätze für die Betroffenen zur Verfügung zu stellen. ■

Besoldungspolitik beim Frühschoppen

Wieviel entspannter sich die brisanten Themen des öffentlichen Dienstes beim Parlamentarischen Frühschoppen des dbb berlin diskutieren lassen, hat sich bei Politikern und Gewerkschaftern in der Hauptstadt mittlerweile herumgesprochen. Über 100 Gäste konnte dbb Landeschef Frank Becker am 9. März 2019 im Paulaner am Spreebogen beim inzwischen dritten Frühschoppen begrüßen.

© Friedhelm Windmüller (4)

Drei stellvertretende dbb Bundesvorsitzende waren mit von der Partie: Volker Geyer, Astrid Hollmann und Thomas Eigenthaler (von links).

An aktuellen Fragen fehlte es nicht, war doch erst eine Woche zuvor der Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der Länder unter Dach und Fach gebracht worden. Kein Wunder, dass dbb Landeschef Becker schon bei seiner Begrüßung vehement auf die zeit- und systemgleiche Übertragung der erzielten Verbesserungen auf die Berliner Landesbeamten drängte und eine zeitliche Verschiebung der Übertragung auf den 1. April mit Nachdruck zurückwies.

„Das ist nicht hinnehmbar und ein schlechtes Zeichen an die Beamtenschaft“, empörte sich Becker über entsprechende Pläne. Die meisten Bundesländer hätten die Übernahme bereits beschlossen. Rheinland-Pfalz und Brandenburg beabsichtigten sogar, für ihre Beamten noch etwas draufzulegen.

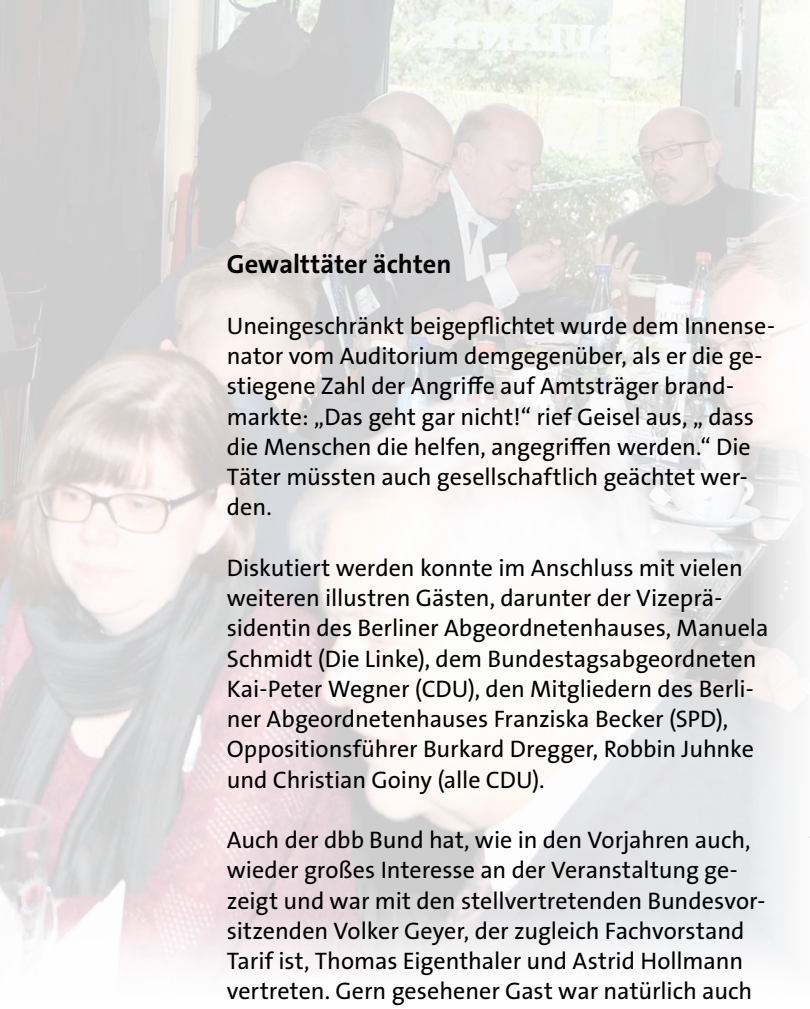
Tarifabschluss gewürdigt

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Ralf Wieland, der erneut die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernommen hatte, zeigte sich unter Hinweis auf den am Vortag begangenen Internationalen Tag der Frau sichtlich zufrieden mit dem Tarifabschluss: „Wo Frauen arbeiten, wurde draufgepackt!“

Auch Innensenator Andreas Geisel würdigte in einem Grußwort den aktuellen Tarifabschluss, der sich sehen lassen könne und die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter achte. In Sachen Übertragung auf die Beamten zeigte er sich wesentlich zurückhaltender und warnte davor, die öffentlichen Haushalte zu überfordern. Der Senat wolle an der zeitlichen Verschiebung auf den 1. April festhalten, stehe aber zu seinem Versprechen einer vollen Angleichung der Beamtenbezüge an das Durchschnittsniveau der Länder bis 2021.

Für Diskussionsstoff war nach diesen Äußerungen auf jeden Fall reichlich gesorgt, zumal der Personalmangel in Berlin und die mangelnde Konkurrenzfähigkeit des Landes bei der Nachwuchswerbung nach Auffassung des dbb berlin schon längst keine „verschlechternden Spielchen“ mit der Besoldung mehr zulassen sollten.

Plädierte für zeitliche Verschiebung der Besoldungsanpassung: Innensenator Andreas Geisel



Gewalttäter ächten

Uneingeschränkt beigepflichtet wurde dem Innensenator vom Auditorium demgegenüber, als er die gestiegene Zahl der Angriffe auf Amtsträger brandmarkte: „Das geht gar nicht!“ rief Geisel aus, „ dass die Menschen die helfen, angegriffen werden.“ Die Täter müssten auch gesellschaftlich geächtet werden.

Diskutiert werden konnte im Anschluss mit vielen weiteren illustren Gästen, darunter der Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Manuela Schmidt (Die Linke), dem Bundestagsabgeordneten Kai-Peter Wegner (CDU), den Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses Franziska Becker (SPD), Oppositionsführer Burkard Dregger, Robbin Juhnke und Christian Goiny (alle CDU).

Auch der dbb Bund hat, wie in den Vorjahren auch, wieder großes Interesse an der Veranstaltung gezeigt und war mit den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Volker Geyer, der zugleich Fachvorstand Tarif ist, Thomas Eigenthaler und Astrid Hollmann vertreten. Gern gesehener Gast war natürlich auch der Landesvorsitzende des dbb aus dem benachbarten Brandenburg, Ralf Roggenbuck.

Schirmherr Ralf Wieland lobte frauenfreundliche Aspekte des Tarifabschlusses.

„Wieder eine gelungene, informative Veranstaltung in lockerem Rahmen“, zog Frank Becker am Ende des Frühschoppens Bilanz, „nicht zuletzt auch dank der Sponsoren dbv und BBBank.“ ■

Zulagen

dbb berlin appelliert an Hauptausschuss

Der dbb berlin hat vor der Beratung der Gesetzesvorlagen zur Neuordnung von Zulagen im Hauptausschuss Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende zu weiteren Korrekturen aufgefordert. Dabei handelt es sich um bereits in dbb Stellungnahmen aufgezeigte Missstände, die aber keinen Eingang in die Gesetzesvorlagen gefunden haben.

Konkret will der dbb berlin vor allem die Dynamisierung der Dienst- und Wechselschichtzulagen und die Ruhegehaltsfähigkeit der Stellenzulagen erreichen. Außerdem soll die Sicherheitszulage künftig einheitlich für alle Gerichtswachtmeister/-innen gewährt werden. Darüber hinaus müssen nach Überzeugung des dbb berlin die Gerichtsvollzieher/-innen wegen ihres gefährlichen Außendiensteinsatzes eine Zulage – vergleichbar der für besondere polizeiliche Einsätze – erhalten.

Dasselbe gelte für die Mitarbeiter/-innen der operativen Dienste bei der Abteilung II der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Auch könne es nicht angehen, dass Rechtspfleger, die erfolgreich die Sonderlaufbahn zum Amtsanwaltsdienst absolviert haben, mit dem Verlust der Stellenzulage „belohnt“ werden.

Auch eine wichtige soziale Komponente wurde vom Senat völlig übersehen. Die Zulage für den Einsatz an Sonn- und Feiertagen (Dienst zu ungünstigen Zeiten) wird bei der Neuordnung bislang überhaupt nicht angefasst und der Abstand bei den Zulagen damit weiter vergrößert. Für den dbb berlin ist das weder nachvollziehbar noch akzeptabel.

Schließlich erinnert der dbb berlin nochmals an seine Forderungen zu Funktionszulagen und Wechselschichtmodell. ■

„Tarif-Talk III“

Wie darf Beamtenprotest aussehen?

Mit der auch nach dem Tarifabschluss mit der TdL weiterhin spannenden Frage, ob und wie sich Beamte an Arbeitskampfmaßnahmen beteiligen dürfen, setzen sich die stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Sandra Kothe und Synnöve Nüchter in ihrem dritten Tariftalk auseinander.

Denn in den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes geht es nicht nur um Angestellte, sondern mittelbar auch um Beamtinnen und Beamten. ■

Folge III ist abrufbar unter:

https://www.dbb.berlin/aktuelles/news/tarif-talk-mit-synnoeve-folge-3-duerfen-beamte-streiken/

Viel erreicht und immer noch viel zu tun

In diesen Wochen jähren sich zwei Ereignisse zum 100. Mal: Die Einführung des Frauenwahlrechts und die Gründung des Deutschen Beamtenbundes. Beide sind für unsere Demokratie und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft von großer Bedeutung.

Ein Blick zurück zeigt, dass in den vergangenen 100 Jahren viel erreicht werden konnte – allerdings gibt es nach wie vor viel zu tun.

Was heute selbstverständlich klingt, war vor 100 Jahren ein großer und hart errungener demokratischer Erfolg: Erstmals konnten Frauen in Deutschland bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 auf nationaler Ebene ihr aktives und passives Wahlrecht wahrnehmen. Nur wenige Wochen zuvor gründete sich in Berlin der Deutsche Beamtenbund (DBB) als „Zusammenschluss der deutschen Beamten- und Lehrervereinigungen auf gewerkschaftlicher Grundlage“. Die Abdankung des deutschen Kaisers hatte den Weg frei gemacht für die erste Demokratie in Deutschland, und sowohl Frauen als auch Gewerkschaften nutzten ihre Möglichkeiten zur Mitwirkung.

Rückschritte während der Nazi-Diktatur

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten fand diese Entwicklung doch zunächst wieder ihr Ende: 1933 verloren Frauen ihr passives Wahlrecht, Beamtinnen in Führungspositionen wurden aus dem Staatsdienst entlassen und der Deutsche Beamtenbund von der NSDAP gleichgeschaltet. Erst nach dem Ende der Diktatur konnte langsam wieder an demokratische Traditionen angeknüpft werden. Mit dem Gedanken, zuverlässige demokratische Strukturen in Staat und Gesellschaft zu etablieren, gründeten sich zunächst einzelne Landesverbände des Deutschen Beamtenbundes, die sich schließlich 1949 zusammenschlossen. Im selben Jahr wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedet, das – nach engagierten Kämpfen der „Mütter des Grundgesetzes“ – die umfassende Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Art. 3 Abs. 2 verankerte. Dennoch sollte es noch bis in die 1970er-Jahre dauern, bis Ehefrauen ohne Erlaubnis ihres Ehemannes erwerbstätig sein durften ...

Gleichberechtigungsdefizite dauern an

Es konnte viel erreicht werden für die Gleichberechtigung in den vergangenen 100 Jahren, doch zeigen die aktuelle strukturell ungleiche Entlohnung von Männern und Frauen sowie eine deutliche Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen – übrigens auch in der Politik –, dass wir von „umfassender“ Gleichberechtigung auch heute noch ziemlich weit entfernt sind. Problematisch sind hier weiterhin verbreitete stereotype Rollenmodelle, die Männern und Frauen bestimmte Eigenschaften oder Fähigkeiten zuweisen. Diese Einstellungen führen am Ende auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu Schwierigkeiten. Noch immer sind es meist Frauen, die den Hauptteil der Arbeit im Haushalt und in der Familie übernehmen, noch immer hält sich die Mär von typischen „Mädchen“- oder „Jungenberufen“ hartnäckig und verstärkt auf diese Weise in wichtigen Berufsfeldern den Fachkräftemangel.

Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes ...

Der öffentliche Dienst kann und muss hier mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass umfassende Gleichberechtigung nicht nur gelingen, sondern zu einem echten Mehrwert führen kann – für die Angestellten, die Beamtinnen und Beamten selbst, aber

Zur Person

Prof. Monika Grütters MdB ist Landesvorsitzende der CDU Berlin. Auf Bundesebene gehört sie dem Präsidium der Partei an.

Seit 2013 ist sie als Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Dem Deutschen Bundestag gehört sie seit 2005 an. Zuvor war sie zehn Jahre lang Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

auch für die Bürgerinnen und Bürger. Abseits des Wettbewerbsgedankens kann der öffentliche Dienst in seiner gesellschaftlichen Vorbildfunktion etablierte Strukturen und Prozesse wie starre Arbeitszeiten und Präsenzpflicht zugunsten einer durchlässigen, flexiblen und integrativen Kultur überwinden – eine Kultur, die kein Geschlecht und keinen Lebensentwurf strukturell bevorzugt, sondern jeder und jedem die Chance bietet, ihre und seine individuellen Stärken bestmöglich einzubringen. Eine Kultur, in der Sicherheit, eine gerechte Entlohnung und Wertschätzung selbstverständlich sind.

... und des dbb

Im überzeugten Eintreten für diese Werte kommt dem dbb 100 Jahre nach seiner Gründung wie so oft in der Vergangenheit eine tragende gesellschaftliche Rolle zu, weil es eben diese Werte sind, die eine flächendeckende Sicherstellung staatlicher Dienstleistungen in bester Qualität angesichts großer Herausforderungen wie dem demografischen Wandel und der Digitalisierung auch in Zukunft ermöglichen.

Mehr gegenseitiger Respekt notwendig

Aber jeder und jede kann und sollte auch bei sich selbst beginnen und seinen oder ihren Teil dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft ein kleines Stückchen gerechter wird – zum Beispiel indem er oder sie den Leistungen, die Frauen jeden Tag erbringen, mehr Aufmerksamkeit und Respekt schenkt. Indem wir lernen, das Verbindende vor das Trennende zu stellen und Unterschiede als Bereicherung zu erleben.

Viele Betriebe zeigen ja, dass gemischte Teams überall erfolgreicher arbeiten. Eine Erfahrung, die ich mit Blick auf den Landesvorstand der Berliner CDU, der als erster CDU-Vorstand in Deutschland paritätisch besetzt ist, nur bestätigen kann.

Lassen Sie es uns also anpacken – damit wir nicht weitere 100 Jahre warten müssen, bis das, wofür wir heute kämpfen, irgendwann eine Selbstverständlichkeit wird.

Monika Grütters

Becker würdigt Friedrichstadt-Palast-Initative!

dbb Landeschef Frank Becker hat die Initiative des Friedrichstadt-Palastes #KartenGegenTaten nachdrücklich begrüßt. Hier werde ein deutliches Signal nicht nur für gegenseitigen Respekt gesetzt, sondern auch Solidarität mit den Opfern von Gewalt und Diskriminierung gezeigt.

Unter Hinweis auf die ausufernde Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes würdigte der dbb Landeschef in einem Gespräch mit dem Initiator der Initiative und Intendanten des Palastes, Berndt Schmidt, dass sein Haus es nicht habe bei bedauernden Worten bewenden lassen, sondern Taten gegen respektloses Handeln setzt.

© André Puchta

Frank Becker mit dem Intendanten des Friedrichstadt-Palastes, Berndt Schmidt (von links).

Mit **#KartenGegenTaten** wendet sich der Palast an Menschen, die unverschuldet verbalen oder tätlichen Hass, Rassismus, Sexismus, Diskriminierung, Homophobie oder Antisemitismus erleiden müssen und schenkt ihnen Ehrenkarten (Freikarten) für seine Vorstellung.

Betroffene sollen so spüren, dass Tat und Täter gesehen werden und die Mehrheit der Gesellschaft auf der Seite der Betroffenen steht. Die meisten schlechten Taten sind mit guten Taten nicht aus der Welt zu schaffen, räumt der Intendant ein, aber Anteilnahme hilft den Betroffenen mehr als Schweigen und Wegsehen. #KartenGegenTaten will deshalb keine Wiedergutmachung sein, sondern nur ein kleiner Trost und Akt der Solidarität – natürlich auch für die vielen Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die bereits Gewaltopfer wurden.

#KartenGegenTaten

© Berliner Feuerwehr/S.Haase

BERLINER FEUERWEHR

Brandeinsatz
der Berliner Feuerwehr

Landesbranddirektor Homrighausen

„Große Herausforderungen für Allrounder!“

Wer glaubt, die Berliner Feuerwehr ist hauptsächlich zur Brandbekämpfung im Einsatz, wird im Gespräch mit der Behördenleitung ganz schnell eines Besseren belehrt. Das Aufgabenspektrum ist breit gefächert und die weitaus häufigsten Einsätze werden im medizinischen Rettungsdienst gefahren.

„Wir sind praktisch Mädchen für alles,“ meint Landesbranddirektor Karsten Homrighausen gegenüber dem hauptstadt magazin und verweist unter anderem auf technische Hilfsleistungen wie beim Stromausfall in Köpenick im vergangenen Februar, auf die Abwehr von Umweltbedrohungen oder auch die Mitwirkung im Katastrophen- und Zivilschutz.

Nicht in allen Bundesländern ist die Feuerwehr übrigens für die Notfallrettung, die in Berlin immerhin 80 Prozent der Einsätze ausmacht, zuständig. In Baden-Württemberg beispielsweise, wo Homrighausen ebenfalls als Landesbranddirektor gewirkt hat, bevor er im August vergangenen Jahres in Berlin neue Herausforderungen angenommen hat, ist die Versorgung und Betreuung von verletzten oder akut erkrankten Menschen Sache der Hilfsorganisationen.

Interessante Feuerwehrgeschichte

Sehr viel interessanter ist aber ein ganz anderer Aspekt der deutschen Feuerwehrgeschichte, der sich bis heute ausgesprochen segensreich auswirkt und auf der Welt seinesgleichen sucht. Die Tatsache nämlich, dass eine Bürgerinitiative zur Brandbekämpfung den Grundstein für die heutige Feuerwehr gelegt hat. Bis heute wirkt dieser Ursprung in der Freiwilligen Feuerwehr fort. Bundesweit deckt die Freiwillige Feuerwehr mit einem Heer von rund einer Million Freiwilligen die Gefahrenabwehr ab. Mit großer Hochachtung spricht Homrighausen von diesen Einsatzkräften, die allein um der guten Sache willen ihre Freizeit für Schulungen, Übungen und Einsätze opfern, Tag und Nacht in Bereitschaft sind und auch persönliche Gefährdungen im Ernstfall nicht scheuen.

In Ballungszentren wie Berlin spielt die Berufsfeuerwehr, die in ländlichen Gebieten so gut wie gar nicht anzutreffen ist, allerdings eine deutlich größere Rolle. In der Hauptstadt waren 2018 rund 4.000 Männer und Frauen der Berufsfeuerwehr im Einsatz gegenüber einer Gesamtstärke der Freiwilligen Feuerwehr von ca. 1.500. Zu den Aufgaben des Landesbranddirektors zählt es, ein leistungsfähiges, bürgerorientiertes wirtschaftlich ausgerichtetes Hilfeleistungssystem im gesamten Stadtgebiet zu gestalten. Dabei gilt es u. a. die nicht weniger als 35 Feuer- und Rettungswachen der Berufsfeuerwehr und 37 Feuerwehrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr, die über das gesamte Stadtgebietvon Frohnau bis Rauchfangwerder hin verteilt sind, bestmöglich strategisch auszurichten und zu koordinieren.

Personalmangel auf allen Ebenen

Erschwert wird diese Aufgabe zunehmend durch Personalmangel. Wie im gesamten Landesdienst ist auch bei der Berufsfeuerwehr in der Vergangenheit rigoros eingespart und die Personalstärke in der gesamten Stadt nahezu unter das Niveau im früheren Westberlin geschrumpft worden. Gleichzeitig klettert die Zahl der Einsätze kontinuierlich und kratzt bereits an der Halbe-Millionen-Marke. „Es gilt," so Homringhausen, „kontinuierlich zusätzliche Kräfte aufzubauen. Von heute auf morgen ist das gar nicht möglich, dazu sind die Anforderungen viel zu hoch. Die Ausbildung in der Notfallrettung, der Brandbekämpfung, im technischen und administrativen Bereich ist so vielschichtig, dass bis zu fünf Jahre darüber ins Land gehen können. Berlins Feuerwehrleute sind nämlich Allrounder, die je nach aktueller Lage unterschiedlich eingesetzt werden können."

Idealismus gefragt

In Euro und Cent zahlt sich das für die Einsatzkräfte allerdings nur in sehr bescheidenem Umfang aus. Ihre Laufbahn reicht gerade einmal von A 7 bis A 9Z. Bei der Nachwuchsrekrutierung ist damit kaum zu punkten und ohne eine gehörige Portion Idealismus der Bewerberinnen und Bewerber, denen überdies noch hohe körperliche Leistungsfähigkeit, Stressresistenz und Teamgeist abverlangt wird, dürften die Lücken kaum zu schließen sein. Auch bei den Ingenieuren, die die Feuerwehr mit ihrem komplizierten technischen Gerät – allein fast Tausend Fahrzeuge unterschiedlichster hochtechnisierter Ausrüstung sind in Berlin im Einsatz – dringend braucht, ist die Berufsfeuerwehr gegenüber privaten Arbeitgebern nicht konkurrenzfähig. Der Nachwuchs soll deshalb künftig mit dem Angebot eines Bachelorstudiengangs Brandschutz und Sicherheitstechnik an der Beuth Hochschule für Technik Berlin direkt von der Schulbank weg rekrutiert werden.

Die meisten Einsätze werden im Rettungsdienst gefahren.

© Berliner Feuerwehr/S. Haase

© Berliner feuerwehr/S. Haase

Unverständliche Attacken

Bei dem Idealismus und auch der Risikobereitschaft, die die Einsatzkräfte tagtäglich unter Beweis stellen, ist es umso unverständlicher, dass sie selbst immer wieder Zielscheibe von Gewaltattacken werden. Allein in der Silvesternacht, der arbeitsreichsten Nacht des Jahres insbesondere für Rettungsdienst und Brandbekämpfung, wurden 49 Übergriffe, verbal und tätlich, gezählt. Kein Wunder, wenn die Berliner Feuerwehr, die mit Unterstützung von Hilfsorganisationen, Bundeswehr und Technischen Hilfswerk fast 1.500 Einsätze in dieser Nacht bewältigen musste, künftig kritische Bereiche der Stadt zum Jahresende gern „feuerwerksfrei“ sehen möchte.

„Brennende Tonne“

Aber nicht nur die völlig unverständlichen Anfeindungen frustrierter und alkoholisierter Mitbürger machen den Feuerwehrleuten zu schaffen, es fehlt auch an Wertschätzung und Unterstützung durch die Politik, die jahrelang ohne Rücksicht auf die tatsächliche Bedarfslage mit dem Rotstift regiert hat. Der Unmut darüber hatte sich im vergangenen Jahr spektakulär in der gewerkschaftsübergreifenden „Aktion brennende Tonne“ Luft gemacht, Über fünf Wochen lang hatten dabei Berliner Feuerwehrleute mit einer Mahnwache in Form einer brennenden Tonne direkt vor dem Roten Rathaus gegen Personalnotstand, steigenden Einsatzzahlen und Überlastung der vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter protestiert.

„Ebenso wie die Politik ihrer Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der Sicherheitsorgane nachkommen muss,“ stellt der Landesbranddirektor abschließend klar, „darf aber auch die Gesellschaft keine Vollversorgungsmetalität entwickeln und den Notruf 112 wählen, wenn ein Problem auftritt, das auch selbstständig gelöst werden kann“. Auf der sehr informativen Website www.berliner-feuerwehr.de finden sich deshalb neben vielen interessanten Daten und Fakten auch Hinweise für verantwortungsvolles Verhalten bei Unwetter, beim Grillen oder auch bei Trockenheit oder Glätte. Der 30-stündige Stromausfall vom Februar dieses Jahres in den Ortsteilen Bohnsdorf, Grünau, Köpenick, Müggelheim und Schmöckwitz habe darüber hinaus gezeigt, dass jeder Bürger unabhängig von der Hilfe von Feuerwehr, Polizei und Hilfsorganisationen gut beraten ist, zumindest in begrenztem Umfang eine Notversorgung vorzuhalten. ■

Unsere Gewinner

Als Gewinnerin des Märzpreisrätsels kann sich **Gisela Gramm** aus 12205 Berlin über ein Digitalradio und eine Kaffeetasse freuen. **Michael Kosch** aus 12169 Berlin hat eine Batterie-Zahnbürste und eine LED-Taschenlampe gewonnen.

Herzlichen Glückwunsch!

PREISRÄTSEL

Noch einmal fünf USB-Sticks zu gewinnen!

Wegen ihrer großen Beliebtheit setzt der dbb berlin nochmals fünf seiner USB-Sticks mit Armband als Gewinne für das hauptstadtmagazin-Rätsel aus. Wer also künftig auch einen der praktischen Sticks am Handgelenk tragen möchte, muss – wie jeden Monat – die richtige Lösung des Rätsels bis **15. April 2019** schicken an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030.327952-20

Und dann auf wenig Losglück hoffen.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die 39 Qualitätsstufen der Bildungsverwaltung

Nicht erfolgversprechend!

39 Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Berliner Schulen hat die Bildungsverwaltung vorgelegt. Eine erste Bewertung dieses Katalogs fällt allerdings ausgesprochen enttäuschend aus. Die Vorsitzende der VBE Berlin, Heidrun Quandt, erläutert im hauptstadt magazin, warum die Maßnahmen größtenteils nicht praxistauglich sind und sogar teilweise qualitätsmindernde Auswirkungen drohen.

„Die Bildungsverwaltung will offensichtlich die Maßnahmen weiterentwickeln, die schon in der Vergangenheit zu keiner Verbesserung der Schülerleistungen geführt haben, anstatt die geringen Reserven an ausgebildetem Personal sinnvoll einzusetzen. So wurde ein gut funktionierendes Vorklassensystem abgeschafft, um den Bildungsauftrag auf den Kitabereich auszudehnen – allerdings ohne kompetentes Personal, Konzept, Kontrolle und Evaluation. Das hindert die Bildungssenatorin nicht, nun auch noch das Erlernen des Grundwortschatzes Deutsch und grundlegende mathematische Fähigkeiten in den Bereich der Kita legen zu wollen. Wie dieses Ziel umgesetzt werden soll – auch bei den Freien Trägern – bleibt jedoch ihr Geheimnis. Denn wer kontrolliert das Ergebnis und woher kommt das dafür ausgebildete Personal? Ein positiver Ansatz in den Vorhaben der Bildungssenatorin ist immerhin die Ausweitung des Deutschunterrichts in den Klassenstufen 1 um eine Stunde und um eine weitere Stunde in der 2. bis 4. Klassenstufe. Eine entsprechende, ebenso notwendige Ausweitung des Mathematikunterrichts fehlt jedoch.

Kein Personal

Es stellt sich allerdings ohnehin die Frage, wie diese zusätzlichen Stunden realisiert werden sollen, denn Berlin verfügt bekanntlich nicht über genügend ausgebildete Lehrer, unter anderem weil es als einziges Bundesland nicht verbeamtet. Welchen anderen förderlichen Maßnahmen droht jetzt das ‚Aus', um die zusätzlichen Deutschstunden zu generieren?

Von absoluter Unkenntnis der Schulwirklichkeit zeugt die Vorstellung der Bildungsverwaltung, dass Schüler 2 x 15 Minuten in der Woche gezielt lesen und 5 bis 10 Minuten pro Tag Schreibflüssigkeitstraining absolvieren sollen. Tatsächlich muss es weniger darum gehen, Schreibflüssigkeit zu üben als Rechtschreibung durchgängig ab Klasse 1 zu trainieren. Dafür müsste aber das sogenannte ‚freie Schreiben' kritisch hinterfragt und gegebenenfalls untersagt werden. Denn wenn sich falsche Schreibweisen erst einmal eingeprägt haben, sind sie nur schwer zu revidieren.

Verbindlicher Rahmenplan fehlt

Auch wenn die Bildungsverwaltung sich sinnvollerweise für einen Austausch zwischen Grundschulen und der Sekundarstufe I über das notwendige Grundwissen und die erteilten Zensuren am Ende der Klassenstufe 6 einsetzt, bleibt sie in programmatischen Ansätzen stecken. Denn dazu wäre ein verbindlicher Rahmenplan mit entsprechendem Curriculum in allen Fächern erforderlich, der eine Vergleichbarkeit des Wissens und der Leistungen an unterschiedlichen Grundschulen ermöglicht. Für eine Qualitätsverbesserung zielführend wäre da ein Blick in die Rahmenpläne der 90er-Jahre. Ein lernförderliches und gewaltfreies Klima in den Schulen muss eine Selbstverständlichkeit sein. Leider wird die Senatsbildungsverwaltung auch hier den Anforderungen nicht gerecht. So ist das weit verbreitete Delikt Mobbing, dessen Folge tödlich sein kann, im Gewaltkatalog verharmlost und in der geringsten Stufe angesiedelt. Auch Ordnungs- und Erziehungsmaßnahmen zeigen keine abschreckende Wirkung mehr und ihre Umsetzung dauert viel zu lange beziehungsweise wird von der Schulaufsicht nach Beschwerden der Eltern torpediert. Schulleitungen kehren gewalttätige Vorfälle mittlerweile unter den Teppich, um nicht als Problemschule in Verruf zu geraten. Eine Schule, wie die Friedrich-Bergius-Sekundarschule,

die auf Leistung und gewaltfreies Lernen achtet, fällt nämlich durch das Raster der Schulinspektion.

Schulinspektion bleibt wirkungslos

Apropos Schulinspektion! Die Schulinspektion, die Stärken und Schwächen der Schule ausmachen soll, fokussiert sich weniger auf Leistungen und Umgangston als auf das Abhaken vorgegebener Kriterien der Bildungsverwaltung zum Schulprogramm und liefert wenig aussagekräftige Ergebnisse, die dann auch meist ohne Konsequenzen bleiben. Für die Qualitätsverbesserung der Schulen sind die damit wenig hilfreich.

Fazit: Die 39 Maßnahmen der Bildungssenatorin zeugen leider nicht von der Einsicht, dass politische und ideologische Entscheidungen den Berliner Schulen genug geschadet und sie zum Schlusslicht im bundesweiten Leistungsvergleich gemacht haben. Denn 20 Jahre realitätsferne SPD-Schulpolitik und drastisches Sparen sind verantwortlich für die desolate Situation an und in der Berliner Schule. Marode Schulbauten, unzureichende Kapazitäten für die Lehrerausbildung an den Universitäten, die im Bund- und Ländervergleich zu geringe Bezahlung der verbeamteten Lehrer sowie ständige ideologische Reformen zum Null-Tarif und die Entprofessionalisierung des Lehrerberufes sprechen hier eine deutliche Sprache.

Überarbeitete Lehrer

Überarbeitung ist angesichts hausgemachten Personalmangels an der Tagesordnung. Viele Lehrer reduzieren ihre Arbeitszeit, weil sie sich nicht mehr in der Lage sehen, 28 Unterrichtsstunden an der Grundschule ohne gesundheitlichen Schaden zu überstehen. Viele sind auch langzeiterkrankt und werden vorzeitig pensioniert. Von Gesundheitsförderung zu reden wäre hier nur zynisch.

Wir waren einmal das Land der Dichter und Denker mit einem Schulsystem, das Tugenden wie Respekt, Fleiß, Lern- und Leistungsbereitschaft und Konzentration in den Mittelpunkt stellte. Auch wenn dieses Schulsystem veraltet war, reformiert und den gesellschaftlichen Verhältnissen angepasst werden musste, so hätten diese Grundlagen erfolgreichen Lernens nicht verteufelt werden dürfen. Heute soll Schule nur noch ‚Spaß' machen, möglichst ohne Leistungsanforderungen, Zensuren und Übernahme von Verantwortung für eigenes Tun oder für andere. Respektloses Verhalten gegenüber Lehrern, Eltern oder anderen Erwachsenen wird häufig nicht mehr sanktioniert und von Kindern und Jugendlichen als normal empfunden. Viele Schüler gehen nicht in die Schule um zu lernen, sondern um Schulfreunde zu treffen oder Frust abzubauen. Soll so die Vorbereitung auf das wirkliche Leben durch die Schule aussehen?" ■

© MEV

Erholungsurlaub

Arbeitgeber MUSS drohenden Verfall anzeigen

Das Bundesarbeitsgericht hat seine Rechtsprechung zum Verfall von Erholungsurlaub unter Berücksichtigung der Vorgaben des Gerichtshofs der Europäischen Union aufgrund der Vorabentscheidung vom 6. November 2018 – C-684/16 – weiterentwickelt.

Arbeitgeber müssen ihre Arbeitnehmer konkret auffordern, ihren Urlaub zu nehmen, bevor er mit Ablauf des Urlaubsjahres oder Übertragungszeitraums erlischt. Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 19. Februar 2019 – 9-541/15 – ist klar und rechtzeitig auf den drohenden Verfall hinzuweisen.

Das BAG trägt damit den Vorgaben des Gerichtshofs der Europäischen Union aufgrund der Vorabentscheidung vom 6. November 2018 – C-684/16 – Rechnung. ■